Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau Bürgerforum und Parkhaus - Fachplanung Tragwerksplanung
OJ S 171/2024 03/09/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schleswig
E-Mail: stadt@schleswig.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Bürgerforum und Parkhaus - Fachplanung Tragwerksplanung
Beschreibung: VgV-Verfahren, Stadt Schleswig, Neubau Bürgerforum und Parkhaus - Fachplanung Tragwerksplanung
Kennung des Verfahrens: 9182ee3b-e656-4ae5-bc9a-924899416abe
Interne Kennung: FG 2884 24 101
Verfahrensart:
Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb /Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000
Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schleswig
Postleitzahl: 24837
Land, Gliederung (NUTS): Schleswig-Flensburg (DEF0C)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Korruption: .
Betrugsbekämpfung: .
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: .
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: .
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: .
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: .

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: .
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: .
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: .
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: .
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: .
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: .
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: .
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: .
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: .
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: .
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: .
Entrichtung von Steuern: .
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: .
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: .
Zahlungsunfähigkeit: .

5. Los

5.1. Los: LOT-0000
Titel: Neubau Bürgerforum und Parkhaus - Fachplanung Tragwerksplanung
Beschreibung: "In der Stadt Schleswig soll der südlich an den Schwarzen Weg nahe der Fußgängerzone angrenzende Bereich des Parkhauses und des ZOBs neugestaltet werden. Hierfür wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt und ausgelobt (Der Entwurf liegt der Ausschreibung bei). Durch den Neubau des Parkhauses und des ZOBs wird eine neue Platzfläche als Ankunfts- und Eingangsplatz für die Innenstadt entstehen, die den ZOB über den Capitolplatz mit der Fußgängerzone im Stadtweg verbindet. Neben dem Parkhaus ist ein neuer, auf den zukünftigen Ankunfts- und Eingangsplatz ausgerichteten Baukörper mit attraktiven Nutzungen vorgesehen. In diesem Neubau soll ein Bürgerforum geschaffen werden, das als Hauptnutzungen die Stadtbücherei und die Bürgerservices der Stadt sowie ergänzende Nutzungen in einem Gebäude vereinen soll. Das Bürgerforum und das Parkhaus werden durch die signifikante Lage zwischen Fußgängerzone und ZOB städtebaulich eine herausgehobene Stellung einnehmen. Die Berücksichtigung aktueller Baustandards bei der baulichen Umsetzung ermöglicht zudem die Errichtung eines energieeffizienten sowie barrierefreien Gebäudes, in welchem sich die Anforderungen an Arbeits- und Datenschutz adäquat berücksichtigen lassen. Eine barrierefreie Zugänglichkeit ist eine weitere wesentliche Anforderung. Der Parkhausneubau, mit 590 Stellplätzen und Platz für eine Fahrradstation und Elektromobilität, soll in Nord-Süd-Richtung ausgerichtet werden um für die Platzgestaltung und die Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung Bürgerforum Platz zu geben. Das Parkhaus und das Bürgerforum sollen somit im Zusammenhang betrachtet werden. Im Bürgerforum sollen neben dem Bürgerservice und der Stadtbücherei auch ein Café und ein Veranstaltungsraum entstehen. Aufgrund der notwendigen Tiefengründung bietet sich die Möglichkeit, Energiepfähle zum Heizen und Kühlen zu nutzen. Zudem soll bei dem Neubau eine 200 kWp PV-Anlage und ein Gründach berücksichtigt werden. Der Umfang der Planungsleistungen für die Maßnahme beinhaltet die Fachplanung Tragwerksplanung von vollständig funktions- und genehmigungsfähigen Gebäudeteilen für das Bürgerforum und das Parkhaus. Es ist eine stufenweise Beauftragung der LPH 1 bis 6 gem. § 51 HOAI vorgesehen. Für die Erbringung von „Besonderen Leistungen“ ist jeweils vorab die Zustimmung des AG einzuholen. Der Auftragnehmer ist gehalten, Vorschläge zu unterbreiten, die zur Vereinfachung und

Verbesserung und / oder zur Kostensenkung führen. Die vorläufigen Kostenschätzungen belaufen sich auf 20.707.660,00 € netto (KG 300+400). Folgendes Verfahren wird durchgeführt: In Phase 1 werden potentielle Bewerber zur Teilnahme aufgefordert und reichen den Teilnahmeantrag mit den geforderten Nachweisen ein. In Phase 2 werden die eingegangenen Teilnahmeanträge geprüft und die Anzahl der zugelassenen Bewerber wird beschränkt. Die Bewerber der Phase 2 werden gesondert zu einem Verhandlungsverfahren aufgefordert. Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen sind auf der E-Vergabeplattform zum Verfahren unter https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498 eingestellt."
Interne Kennung: FG 2884 24 101

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000
Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schleswig
Postleitzahl: 24837
Land, Gliederung (NUTS): Schleswig-Flensburg (DEF0C)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 16/12/2024
Enddatum der Laufzeit: 30/01/2029

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 341 634,38 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

Fragen sind schriftlich über die E-Vergabeplattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Fragen werden bis zum 28.09.2024 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird unter https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498 veröffentlicht. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabeplattform www.e-vergabe-sh.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabeplattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis. Auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 VgV, § 56 LBO Schleswig-Holstein. Zugelassen sind: Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als Ingenieure (für Tragwerksplanung) tätig und zum Führen dieser Berufsbezeichnung oder zum Tätigwerden in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt sind, ggf. ist der Nachweis nach den entsprechenden EU-Richtlinien zu führen. Juristische Personen, sofern deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen gerichtet ist und einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne (vgl. 1. Spiegelstrich) benennen. Allgemeine Verfahrenshinweise für die Angaben zu einem besonderen Berufsstand sowie die unter 5.1.9 und 5.1.12 genannten Bedingungen: Die Angaben zu einem besonderen Berufsstand sowie die unter 5.1.9 und 5.1.12 genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes II-1 Teilnahmeantrag bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein. Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden. - Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen. - Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden. Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u. a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

Stufenbeauftragung

Bedingungen für die Ausführung des Auftrages:

---

1) Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 2.3.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.08.1974 (gemäß Formblatt II-1 Teilnahmeantrag)

---

2) Eigenerklärung über die Bereitschaft, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtung zur Zahlung des Vergabemindestlohns gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 VGSH (siehe

Erklärung zu § 4 VGSH) für den Bewerber sowie für etwaige Unterauftragnehmer vorzulegen, sofern der Bieter oder Unterauftragnehmer nicht im EU Ausland tätig ist und die Leistung ausschließlich dort erbringt (gemäß Formblatt II-1Teilnahmeantrag).

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Beschreibung: Vorbemerkungen für die Nachweise zur Feststellung der Eignung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur Feststellung der Eignung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit für Bewerbergemeinschaften, beabsichtigte Eignungsleihe und Unterauftragsvergabe: Den Einzelbewerbern sind Bewerbergemeinschaften gleichgestellt. Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen und als Anlage gemeinsam mit dem Formblatt II-1 Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einzureichen. Dabei muss jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsanteil nachweisen, den es übernehmen soll. - Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen Unternehmen das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag und die dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen – sofern diese in der Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind – gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen. Unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen zu den anderen Unternehmen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten der anderen Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt II-3 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z. B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden. - Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts II-1Teilnahmeantrag und der dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen für die Unterauftragnehmer grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des Bewerbers. Der Bewerber hat jedoch als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. - Die allgemeinen Verfahrenshinweise in 5.1.6 (Zusätzliche Informationen) sind zu beachten. Vorzulegen sind:

---

1) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags

bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (Formblatt II-2 Erklärung der Bewerbergemeinschaft). Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete Erklärung abzugeben.

---

2) Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 1-4 und § 124 Abs. 1 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen (gem. Formblatt II-1 Teilnahmeantrag)

---

3) Erklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 gem. Formblatt „Eigenerklärung zu Aufträgen und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte“

Von den vorstehenden Eignungskriterien sind, wenn eine Höchstzahl festgelegt wurde, folgende Kriterien maßgeblich für die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur zweiten Phase des Verfahrens (Angebotsphase) eingeladen werden sollen: siehe „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“ (auch zur Art und Weise, wie diese Kriterien verwendet werden)
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Beschreibung: Vorzulegen sind: 1) Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung mindestens in Höhe von 1.500.000 € für Personenschäden sowie 1.000.000 € für sonstige Schäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme erhöht wird. In diesem Fall ist die Bescheinigung des Haftpflichtversicherers vor Erteilung des Auftrags nachzureichen. 2) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) und Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

Von den vorstehenden Eignungskriterien sind, wenn eine Höchstzahl festgelegt wurde, folgende Kriterien maßgeblich für die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur zweiten Phase des Verfahrens (Angebotsphase) eingeladen werden sollen: siehe „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“ (auch zur Art und Weise, wie diese Kriterien verwendet werden)
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Beschreibung: 1) Geeignete Referenzen (mind. 3): Nachweis über die in den letzten 7 Jahren (Erbringungszeitraum, 09/2017 - 09/2024) erbrachten wesentlichen Dienstleistungen unter Verwendung des Formblatts II-1-1 (Referenzen), das für jede Referenz gesondert und jeweils vollständig auszufüllen ist. Der Erbringungszeitraum wird zurückgerechnet vom Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge (Abschnitt 5.1.12). Hinweise für eine etwaige Auswahlentscheidung 1. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche der Referenzen der Auftraggeber bei der

Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung die ersten 3 Referenzen gemäß der vom Bewerber im Teilnahmeantrag genannten Reihenfolge zugrunde legen. 2. Im Zuge der Auswahlentscheidung werden die im Formblatt II-1-1 Formblatt Referenzen gemachten Angaben zur Referenz mit dem ausgeschriebenen Objekt und den zu vergebenden Leistungen verglichen und bewertet. Bewerber müssen bspw. damit rechnen, dass eine Referenz nicht die volle, sondern eine darunterliegende Punktzahl erhält, wenn die Referenzleistung zwar gem. den o.g. Anforderungen „erbracht“, insgesamt jedoch noch nicht beendet ist, bspw., weil die LPH 6 noch nicht abgeschlossen wurde. Entsprechendes gilt bspw. für die Fälle, dass der Auftragswert der Referenzleistung weniger als 50% des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Dienstleistung beträgt, dass das Referenzobjekt in Bezug auf seine Planungsanforderungen (z.B. Honorarzone) hinter den Planungsanforderungen des ausgeschriebenen Objekts zurückbleibt, dass die ausgeführte Referenzleistung einen geringeren Leistungsumfang aufweist als die zu vergebende Dienstleistung (z.B. in Bezug auf den Umfang der erbrachten LPH) oder dass, wenn in diesem Verfahren Referenzen mit Objekten derselben Nutzungsart vorgelegt werden sollen, die Nutzungsart des Referenzobjekts nicht dieselbe Nutzungsart aufweist wie das ausgeschriebene Objekt. Die vorstehenden Wertungshinweise sind nicht abschließend und können im Einzelfall je Referenz mit entsprechenden Folgen für die zu erreichenden Punkte auch in Kombination angewendet werden.

---

2) Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Bewerber angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.

---

3) Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers.

---

4) Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers inkl. der Zahl seiner Führungskräfte der letzten 3 Jahre (gemäß Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

---

5) Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigt. Hinweise zur Bewerbung mit Nachunternehmern: siehe Punkt 5.1.9 Sonstiges der Bekanntmachung und „Allgemeine Hinweise“ im Teilnahmeantrag (Formblatt II-1).

Von den vorstehenden Eignungskriterien sind, wenn eine Höchstzahl festgelegt wurde, folgende Kriterien maßgeblich für die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur zweiten Phase des Verfahrens (Angebotsphase) eingeladen werden sollen: siehe „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“ (auch zur Art und Weise, wie diese Kriterien verwendet werden)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Beschreibung: Die Angaben zu den Qualitätskriterien sowie die Bewertungsmethodik sind im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

Kriterium:
Art: Preis
Beschreibung: Die Bewertungsmethodik des Preises ist im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 28/09/2024 10:00:00 (UTC+2)
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498
Ad-hoc-Kommunikationskanal:
Name: https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498
URL: https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121010498
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 04/10/2024 10:00:00 (UTC+2)
Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 3 Monate
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Unvollständige Teilnahmeanträge und Angebote werden grundsätzlich vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (Nachforderung). Auf eine derartige Nachforderung dürfen die Bieter nicht vertrauen.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160

Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

---

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

---

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

---

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

---

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Beschaffungsdienstleister: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
Registrierungsnummer: t:04319884640
Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Telefon: +49 431-988-4542
Fax: +49 431-988-4702
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0006
Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Registrierungsnummer: t:04315992300
Postanschrift: Küterstraße 30
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Telefon: +49 431-599-2300
Fax: +49 431-599-1510
Internetadresse: http://www.gmsh.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0008
Offizielle Bezeichnung: Stadt Schleswig
Registrierungsnummer: t:46218140
Postanschrift: Rathausmarkt 1
Stadt: Schleswig
Postleitzahl: 24837
Land, Gliederung (NUTS): Schleswig-Flensburg (DEF0C)
Land: Deutschland
E-Mail: stadt@schleswig.de
Telefon: +49 4621 8140
Profil des Erwerbers: https://www.schleswig.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0009
Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 25e45934-75f0-43e0-9852-edc522114d1d - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/09/2024 13:33:00 (UTC+2)
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 528462-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 171/2024
Datum der Veröffentlichung: 03/09/2024